

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen
39. Sitzung

04.11.1987
rp-mm

werde auch keine Anträge stellen. Denn der Haushalt sei insgesamt so "verkorkt", daß es nicht möglich sei, mit Einzelmaßnahmen eine durchgreifende Reparatur vorzunehmen. Deshalb werde die CDU-Fraktion eine für die Mehrheitsfraktion vielleicht überraschende Zurückhaltung üben.

Abg. Kuhl (F.D.P.) erwidert auf die Bemerkungen der Abg. Wolf und Schultz zu der von ihm genannten Zahl von Zwangsversteigerungen, in der Bundesrepublik gebe es 70 000 Zwangsversteigerungen - nicht alle im öffentlich geförderten Bereich -, und in Nordrhein-Westfalen seien es insgesamt 20 000 Zwangsversteigerungen. - Auf die Frage des Abg. Schultz (SPD), wie viele es denn im öffentlichen geförderten Bereich seien, erwidert Abg. Kuhl (F.D.P.), laut Geschäftsbericht der Wohnungsbauförderungsanstalt seien 5 602 Zwangsversteigerungen eingeleitet worden. - Auf den Einwurf des Abg. Schultz (SPD), das sei die Zahl der eingeleiteten Zwangsversteigerungen, entgegnet Abg. Kuhl (F.D.P.), für die betroffenen Familien bedeute das sehr viel, und an diesen Zahlen könne man nicht vorbeigehen. Im letzten Jahr habe ihm Minister Dr. Zöpel zugestimmt, daß man einmal darüber reden müßte, ob wirklich alle Fördermaßnahmen noch sinnvoll seien, insbesondere die Fördermaßnahmen für Familien, die die Einkommensgrenzen um mehr als 15 % unterschritten. Denn in diesem Bereich gingen viele Eigentumsmaßnahmen in die Zwangsversteigerung.

Abg. Kuhl schlägt sodann vor, einmal zu überlegen, wie man von der ständigen Förderung im Rahmen des Härteausgleichs wegkommen könne. Zu denken sei zum Beispiel an eine Art Bonussystem. Wenn Unternehmen etwas dazutun müßten und das Land auf bestimmte Beträge verzichte, könne es vielleicht zu einer Regelung kommen, die den Härteausgleich für die Zukunft überflüssig mache. Es gebe zahlreiche Gedanken, die man hier diskutieren könne.

An den Minister richtet er die Frage, was er mit den 100 oder 200 Antragstellern zu tun gedenke, die aufgrund der Ankündigungen vom Juli ihre Anträge zurückgezogen und ihren Plan vom Eigenheim begraben hätten und die bis heute nicht mehr als Antragsteller aufgetreten seien, weil sie glaubten, daß es keine Förderung mehr gebe. - Auf den Einwurf des Ministers Dr. Zöpel, das seien wahrscheinlich diejenigen Familien, die dem Abg. Kuhl am Herzen lägen und deshalb nach Ansicht des Abg. Kuhl nicht bauen sollten, erwidert Abg. Kuhl (F.D.P.), es könnten auch diejenigen sein, denen der letzte Anstoß fehle und die jetzt noch zwei Jahre warten wollten. Über diesen Kreis der Antragsteller solle man sich Gedanken machen. Er denke, daß man hierüber in der Sitzung am 9. Dezember noch einmal sprechen könne.

Frau Abg. Decking-Schwill (CDU) ist der Ansicht, daß man sich einmal darüber unterhalten sollte, ob die Förderrichtlinien für den Einfamilienhausbereich tatsächlich richtig seien. Daß es am